



Überparteiliches aargauisches Komitee «NEIN zur 1:12-Initiative»

Aarau, 21. Oktober 2013

Medienmitteilung

Breit abgestütztes Komitee gegen die 1:12-Initiative

Im Aargau kämpft ein breit abgestütztes Komitee gegen die 1:12-Initiative. Dem Komitee gehören namhafte Vertreter aus Politik und Wirtschaft an. Im Komitee vertreten sind kantonale und eidgenössische Politiker der BDP, CVP, FDP, glp und SVP sowie Repräsentanten von kleineren und grösseren Unternehmen.

Die Mitglieder des Komitees sind sich einig:

Bei der Annahme der 1:12-Initiative würden hohe Löhne sinken, tiefe Löhne aber nicht steigen. Die Annahme der 1:12-Initiative hätte massive negative Folgen: Sie führte zu einer staatlichen Bevormundung und einer weiteren Zunahme der Bürokratie, die jedes Unternehmen belasten würde. Sie würde zu stark verminderten Steuereinnahmen und massiven Ausfällen bei der AHV führen. Ausserdem würde die Arbeitslosigkeit zunehmen. Die Annahme der 1:12-Initiative würde weit mehr Probleme schaffen als lösen.

1:12 führt zu höheren Steuern und AHV-Beiträgen für alle.

NEIN ZU 1:12

Wir stimmen NEIN zur 1:12-Initiative

Co-Präsidium

Thomas Burgherr, Präsident SVP Aargau, Wiliberg; Thierry Burkart, Präsident FDP Aargau, Baden; Bernhard Guhl, Nationalrat, Präsident BDP Aargau, Niederrohrdorf; Andreas Mahler, Präsident glp Aargau, Fislisbach; Dr. Markus Zemp, Präsident CVP Aargau, Schafisheim; Christine Egerszegi-Obrist, Ständerätin, Mellingen; Daniel Knecht, Präsident Aarg. Industrie- und Handelskammer, Brugg; Kurt Schmid, Präsident Aarg. Gewerbeverband, Lengnau

Mitglieder

Adrian Ackermann, Grossrat, Kaisten; Oliver W. Annaheim, Geschäftsführer Suhner Abrasive Expert AG, Brugg; Maya Bally Frehner, Grossrätin, Hendschiken; Dr. Hans-Jörg Bertschi, Unternehmer, Dürrenäsch; Marianne Binder-Keller, Grossrätin, Baden; Heidi Birrer-Reinert, Grossrätin, Frick; Fredy Böni, Grossrat, Möhlin; Marcel Bruggisser, Grossrat, Aarau; Ralf Bucher, Grossrat, Mühlau; Hansueli Bühler, Grossrat, Stein; Markus Dieth, Grossrat, Wettingen; Ruedi Donat, Grossrat, Wohlen; Antoinette Eckert, Grossrätin, Wettingen; Peter Fischer, Unternehmer, Reinach; Sylvia Flückiger, Nationalrätin, Schöftland; Eric Freienstein, VR-Präsident und Geschäftsführer Bauknecht AG, Aarau Rohr; Sabina Freiermuth-Salz, Grossrätin, Zofingen; Eugen Frunz, Grossrat, Obersiggenthal; Pascal Furer, Grossrat, Staufeu; Renate Gautschy, Grossrätin, Gontenschwil; Peter Gehler, Präsident wrz, Zofingen; Ulrich Giezendanner, Nationalrat, Rothrist; Jeanine Glarner, Grossrätin, Mörken-Wildeggen; Ulrich Gloor, Präsident ASTAG Aargau, Leutwil; Christian Glur, Grossrat, Glashütten; Patrick Gosteli, Grossrat, Kleindöttingen; Rolf Haller, Grossrat, Zetzwil; Fabian Hauser, Grossrat, Birrenstorf; Dr. Daniel Heller, Grossrat, Erlinsbach; Silvan Hilfiker, Grossrat, Oberlunkhofen; Clemens Hochreuter, Grossrat, Aarau; Hans-Ruedi Hottiger, Grossrat, Zofingen; René Huber, Grossrat, Gippingen; Trudi Huonder, Grossrätin, Egliswil; Stefan Huwyler, Vizepräsident FDP Bezirk Muri, Muri; Werner Indermühle, Unternehmer, Bad Zurzach; Matthias Jauslin, Unternehmer, Grossrat, Wohlen; Ulrich Jehle, Unternehmer, Etzgen; Martin Keller, Grossrat, Nussbaumen; Hans Koller, Nationalrat, Untersiggenthal; Hansjörg Knecht, Nationalrat, Leibstadt; Marlène Koller, Grossrätin, Untersiggenthal; Christian Kuoni, VR-Präsident Jakob Müller Holding AG, Frick; Max Läng, Grossrat, Obersiggenthal; Regina Lehmann-Wälchli, Grossrätin, Reitnau; Veith Lehner, Vizepräsident Aarg. Industrie- und Handelskammer, Gränichen; Theres Lepori, Grossrätin, Berikon; Thomas Lüpold, Unternehmer, Mörken; Sander Mallien, Grossrat, Baden; Dieter Matter, Unternehmer, Merenschwand; Nicole Meier Doka, alt Grossrätin, Wettingen; Adrian Meier, Grossrat, Reinach; Stéphane Meyer, Präsident Lagerhäuser der Centralschweiz AG, Aarau; Philipp Müller, Nationalrat, Reinach; Josef Nietlisbach, Unternehmer, Muri; Daniel Oswald, Geschäftsführer, Aarburg; Dr. Lukas Pfisterer, Grossrat, Aarau; Dr. Maximilian Reimann, Nationalrat, Gipf-Oberfrick; Andre Rotzetter, Grossrat, Buchs; Bruno Rudolf, Grossrat, Reinach; Beat Rüetschi, Grossrat, Suhr; Rolf Ryser, Grossrat, Würenlingen; Beat M. Schelling, VR-Präsident SCHELLING AG, Rapperswil; Wolfgang Schibler, Grossrat, Bettwil; Andreas Senn, Grossrat, Würenlingen; Luzi Stamm, Nationalrat, Baden; Martin Steiger, GL-Vorsitzender Energiedienst Holding AG, Laufenburg; Martin Steinacher, Grossrat, Gansingen; Milly Stöckli, Grossrätin, Muri; Herbert Strebel, Grossrat, Muri; Dr. Theo Voegtli, Grossrat, Kleindöttingen; Peter Voser, Grossrat, Killwangen; Peter Wehrli, Grossrat, Küttigen; Ernst Werthmüller, CEO Ferrum AG, Holziken; Lukas Wopmann, Grossrat, Würenlos; Dr. Hans-Peter Zehnder, VR-Präsident Zehnder Group, Gränichen.

Überparteiliches aargauisches Komitee «NEIN zur 1:12-Initiative»
Postfach 2128, 5001 Aarau

Verhindern Sie ein Eigengoal! Mit Ihrem NEIN zur 1:12-Initiative der Jusos.

+ FÜR EINE STARKE SCHWEIZ MIT ZUKUNFT. www.1-12-nein.ch

Einer der Co-Präsidenten des Komitees, **Daniel Knecht**, Unternehmer aus Brugg und Präsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK), nimmt stellvertretend zu den wichtigsten Punkten der 1:12-Initiative Stellung:

Weshalb bekämpfen Sie die 1:12-Initiative so vehement?

DK: Wir kennen in der Schweiz die Tradition der Sozialpartnerschaft. Dabei handelt der Arbeitgeber den Lohn in einem Gesamtarbeitsvertrag mit den Gewerkschaften oder direkt mit den Angestellten aus. Dieses System hat sich sehr gut bewährt und unserem Land Wohlstand beschert. Mit der Initiative wird der bewährte Mechanismus ausgehebelt. Das gefährdet Arbeitsplätze und ist Gift für unsere Wirtschaft. Die 1:12-Initiative ist ein klassisches Eigengoal, sie will Eigenverantwortung durch Staatsintervention ersetzen.

Man konnte von grossen Ausfällen bei der AHV und den Steuern hören, sollte die Initiative angenommen werden. Wie verhält es sich damit?

Eine Studie der Universität St. Gallen kommt zum Schluss, dass durch die Initiative jährlich bis gegen 2,5 Milliarden Franken in der AHV-Kasse fehlen könnten. Dazu kommen jährliche Ausfälle bei der direkten Bundessteuer von über 1 Milliarde. Diese fehlenden Beträge müssten durch alle Angestellten und Steuerzahler getragen werden.

Wie müsste das geforderte Lohnverhältnis kontrolliert werden?

Das wäre dann die Aufgabe des Staates, in jedem Betrieb dieses Verhältnis zu überprüfen. Der staatliche Kontrollaufwand wäre enorm und sehr teuer. Wir brauchen das nicht.

Die Befürworter erhoffen sich, dass die höchsten Löhne sinken und im Gegenzug die tiefsten Löhne steigen. Wird diese Rechnung aufgehen?

Die erhoffte Wirkung im Ziel würde nicht eintreffen. Wenn die Befürworter glauben, dass in den Betrieben die tiefsten Löhne erhöht würden, denken sie die Sache nicht zu Ende. Der zusätzliche Staatsinterventionismus kostet und muss bezahlt werden. Im Übrigen würden sich die Firmen einfach in Zweckgesellschaften aufspalten. Am einfachsten aber könnten sie noch verstärkt Leistungen einkaufen. Also über alles: Gut gemeint und schlecht durchdacht.

Sie sind im Co-Präsidium des Nein-Komitees, haben die Gegner genug Unterstützung?

DK: Das Co-Präsidium ist breit abgestützt. Neben den Parteipräsidenten von SVP, FDP, CVP, BDP und glp kämpfen auch die Aargauische Industrie- und Handelskammer und der Aargauische Gewerbeverband gegen die Initiative. Wir sind gut aufgestellt.



(Daniel Knecht)

Weitere Informationen:

Peter Lüscher, Komitee «NEIN zur 1:12-Initiative», Telefon 062 837 18 01

Philip Schneider, Komitee «NEIN zur 1:12-Initiative», Telefon 062 837 18 04